G r u p p e IV/1 Bonn, den 15. Januar 1971
ORR Dr. Thiele (478)

Herrn
AL IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme
Wl 19/1 R 19/1

V e r m e r k

Über den Besuch des britischen Botschafters Mr. Jackling bei Frau Parl. Staatssekretär am 15.1.1971

Der Besuch von Botschafter Jackling, der vom Gesandten Brown begleitet wurde, galt allein der Erläuterung des britischen Standpunktes zur Übergangsregelung im Finanzbereich, der z.Zt. gewichtigsten und strittigsten Beitrittsfrage.

Botschafter Jackling hob hervor, daß Großbritannien so schnell wie möglich in die Gemeinschaft hineinwachsen möchte. Um die (mit der stufenweisen Senkung der Binnenzölle) erst anlaufenden Vorteile des Gemeinsamen Marktes nicht zu gefährden, müsse die finanzielle Belastung in der Übergangszeit so niedrig wie möglich sein. Er unterstrich deshalb noch einmal die britischen Forderungen nach

- einer Anfangsbelastung von nur 3 %,
- einer auf 8 Jahre verlängerten Anpassungsfrist und
- einer Steigerung des britischen Anteils auf nur 16 % im 8. Jahr.

Danach sei Großbritannien bereit, das gemeinsame Finanzierungssystem voll zu übernehmen.

Frau Parl. Staatssekretär zeigte großes Verständnis für die britische Lage. Es gelte einen Weg zu finden, der die Vor- und Nachteile in einer gewissen Weise ausbalanciere.

Der britische Ausgangsanteil müsse irgendwo in der Mitte zwischen 21,5 % (franz. Forderung) und dem britischen Wunsch von 3 % liegen. Diese 3 % seien nicht durchsetzbar, weil die Altgemeinschaft davon ausgehe, daß die Vier ihre Gesamtkosten in etwa selbst finanzieren müßten, und diese Gesamtkosten

Zdt (Bn.h.V)
R 19/1.

68003 E

© Bundesarchiv (Koblenz) inv.nr. B 136/7981
http://resources.huygens.knaw.nl/europeseintegratie/doc/D00458
Kopie aus dem Bundesarchiv

natürlich über den von Großbritannien verursachten Mehrausgaben von 5 - 6 % liegen. Außerdem ist damit zu rechnen, daß sich im Zuge der Erweiterung der Gemeinschaftsaufgaben im Regional-, Sozial- und Technologiebereich die Ausgabenstruktur der Gemeinschaft zugunsten Englands ändere. Schließlich sollten die Beitretenden auch bereits vom 1. Jahr an schrittweise das gemeinsame Finanzierungssystem übernehmen, d.h. die in Großbritannien anfallenden Abschöpfungen und Zölle (stufenweise) auf die Gemeinschaft übertragen.

Einer Verlängerung der 5jährigen Übergangszeit um eine 3jährige Korrektivphase stehe man positiv gegenüber, doch seien natürlich auch hier wie in allen Punkten die Verhandlungen abzuwarten.

Dagegen sei die von Großbritannien gewünschte langsame Steigerung seines Anteils auf 16 % im 8. Jahr und der dann notwendige (verdoppelte) große Sprung auf voraussichtlich 25 % aus Gemeinschaftssicht nicht hinnehmbar. Die damit verbundene plötzliche Mehrbelastung werfe für den britischen Haushalt mit Sicherheit sehr große Schwierigkeiten auf und stelle damit u.U. das Funktionieren des gemeinschaftlichen Finanzierungssystems im 9. Jahr in Frage. Die Steigerung des britischen Anteils müsse deshalb gleichmäßiger an die Endbelastung heranführen.

Frau
Parl. Staatssekretär

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Thiele

(Dr. Thiele)

Kopie aus dem Bundesarchiv